

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig



Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der komm. Genossenschaftler / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Preis: monatlich 2,50 M. (halbjährlich 12,50 M.) durch die Post bezogen monatlich 2,70 M. (ohne Zustellungsgebühr); Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-L. / Geschäftsstelle u. Expedition: Mühlentorstraße 2 / Fernsprecher: 17 250 / Postfach Dresden Nr. 18 690, Dresden-Verlagsgesellschaft
Schreibweise: Dresden-L. Mühlentorstraße 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 250 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Erscheinungstermin der Redaktion: Mittwoch 16 15 Uhr, Sonnabende 13-14 Uhr

5. Jahrgang Dresden, Sonnabend den 23. März 1929 Nummer 70

Der Landtag aufgelöst!

Die Landbestwahlgesetzbestimmungen 1926 waren ungültig

Neuwahlen im Mai

Die Kommunisten fordern gleichzeitige Durchführung der Kommunalwahlen

Leipzig den 23. März 1929

In der gestern stattgefundenen Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof über die Ungültigkeitsklage gegen den auf Grund der Wahlbestimmungen von 1926 gewählten Landtag, fällt der Gerichtshof folgendes Urteil:

1. Die Wahlen vom 31. Oktober 1926 zum sächsischen Landtag sind ungültig.
2. Die Regierung des Freistaates Sachsen ist verpflichtet, die Neuwahl des Landtages herbeizuführen.

Die Regierung hat wohl ein Parlament ein erbarmlicheres Ende gefunden als jeder Sächsischer Landtag. 2 1/2 Jahre lang hat er die wahre Stimmung der Mehrheit der sächsischen Bevölkerung. 2 1/2 Jahre lang hat er die Interessen der Mehrheit der sächsischen Bevölkerung mit sich geführt. 2 1/2 Jahre lang hat er seine Konstellation von widerlich opportunistischen Demagogikern links und rechts, die dem Lande nur Schaden und Schande gebracht haben, erhalten. Jetzt ist er über seine eigenen Bestimmungen gestürzt, und es hat den Anschein, wenn man oberflächlich betrachten wollte, als wäre sein Ende durch das Urteil eines bürgerlichen Klassenrichters ein Beweis für das Vorhandensein demokratischer Prinzipien im kapitalistischen Staat. Aber nur bei oberflächlicher Betrachtung kommt man zu einem solchen Schluss. Denn die „Verurteilung“ des sächsischen Bürgerrechts durch den Staatsgerichtshof wird erklärt, wenn man die Verhältnisse der sächsischen Verfassung betrachten will. Dieser gibt recht unter der Hand ein Urteil in einer der letzten Kammern der Preussischen Reichsräte vor. In der ersten Kammer der Preussischen Reichsräte vor. In der ersten Kammer der Preussischen Reichsräte vor. In der ersten Kammer der Preussischen Reichsräte vor.

Die Regierung hat wohl ein Parlament ein erbarmlicheres Ende gefunden als jeder Sächsischer Landtag. 2 1/2 Jahre lang hat er die wahre Stimmung der Mehrheit der sächsischen Bevölkerung. 2 1/2 Jahre lang hat er die Interessen der Mehrheit der sächsischen Bevölkerung mit sich geführt. 2 1/2 Jahre lang hat er seine Konstellation von widerlich opportunistischen Demagogikern links und rechts, die dem Lande nur Schaden und Schande gebracht haben, erhalten. Jetzt ist er über seine eigenen Bestimmungen gestürzt, und es hat den Anschein, wenn man oberflächlich betrachten wollte, als wäre sein Ende durch das Urteil eines bürgerlichen Klassenrichters ein Beweis für das Vorhandensein demokratischer Prinzipien im kapitalistischen Staat. Aber nur bei oberflächlicher Betrachtung kommt man zu einem solchen Schluss. Denn die „Verurteilung“ des sächsischen Bürgerrechts durch den Staatsgerichtshof wird erklärt, wenn man die Verhältnisse der sächsischen Verfassung betrachten will. Dieser gibt recht unter der Hand ein Urteil in einer der letzten Kammern der Preussischen Reichsräte vor. In der ersten Kammer der Preussischen Reichsräte vor. In der ersten Kammer der Preussischen Reichsräte vor.

der Regierungspolitik im Reich werden wohl die breiten Massen vorzuziehen als je die tönernen Wahlparolen der Sozialdemokratie aufzunehmen. Der Panzerkreuzerbau ist bewilligt, nicht nur die erste Rate, sondern die ganze Serie; die Steuern werden erhöht, nicht die Besitzsteuern, sondern die Massensteuern; die Wirtschaftskämpfe werden abgemindert durch Schiedssprüche, nicht etwa zwischen den Arbeitern, sondern für die Unternehmer; durch sozialdemokratische Minister. Und all das geschieht unter der Ägide der „linken“ sozialdemokratischen Abgeordneten.

Um so mehr begrüßt die Kommunistische Partei die durch diese Sachlage geschaffene Möglichkeit der Messung des Kräfteverhältnisses zwischen revolutionärer Arbeiterkraft, Bürgerblock

Neue Klippe in Sicht!



Sächsische Landtagsauflösung!

und Reformismus, insbesondere jedoch auch deshalb, weil dieser kommende Wahlkampf eine glänzende Gelegenheit bietet sich mit den raffiniertesten und deshalb gefährlichsten Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterchaft den „linken“ Sozialdemokraten zu messen, denn

nicht nur der offizielle Bürgerblock darf bei diesem Wahlkampf einsteigen und benannt werden, sondern die Fliegende der Arbeitervereine sozialdemokratischer Demagogie wird in diesem Wahlkampf eine entscheidende Rolle spielen.

Der Kampf gegen den Reformismus linker Couleur wird jedoch auch verbunden sein mit einer gründlichen Abrechnung mit dem rechten Kandidaten und dem Wähler. Mit der Auflösung des Landtages, mit dem Wegfall ihrer Diäten ist schon ein großer Teil ihrer Herrlichkeit vorbei, und ihre Verluste umgeben den Reformismus eine Kampfkraft gegen die Kommunistische Partei zu bestehen, werden auch sie als Agenten des Reformismus vor den breiten Massen entlarvt. Die Kommunistische Partei betrachtet also diesen Wahlkampf nicht aus der parlamentarischen Prospektivperspektive, sondern mobilisiert in ihm und durch ihn außerparlamentarisch die proletarische Kampftruppe gegen Bürgerblockdiktatur und Koalitionspolitik. Sie acht in diesem Kampf, geleitet durch die Kräfte ihrer eigenen Reihen, zielbarer als je, und in den Betrieben, an der Wurzel des Kapitalismus, gewappener als je durch die klar geführten Kämpfe um die Betriebsrätefragen.

Gerade die Betriebsrätefragen, die in diesem Jahre klare Fronten ausrollen, die auch die Agenten des Reformismus in den Verbänden und Betrieben in ihrer ganzen Schamlosigkeit zeigen, geben eine glänzende Aufmarschbahn für diesen Landtagswahlkampf. Gerade deshalb müßte vorgezogen werden zur Erzwingung der gleichzeitigen Durchführung der Kommunalwahlen, die eigentlich im Herbst dieses Jahres stattfinden sollen. Die Zusammenfassung der Betriebsrat-, Landes- und Kommunal-

Proteststurm der Berliner Betriebsarbeiter gegen reformistischen Spaltungskurs

Berlin, 23. März. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Funktionserhebung des Gen. Niederführers, des Branchenleiters der Kohleleger, durch die sozialdemokratische Ortsverwaltung des DMB Berlin, hat einen Sturm der Entrüstung in den Berliner Metallbetrieben hervorgerufen. Die Kohlelegerbranche nahm zunächst eine Entschiedenheit an, die den schärfsten Protest dagegen erhebt. In der Diskussion brachten auch eine Reihe vorzeitiger und ein sozialdemokratischer Funktionär ihre Entrüstung zum Ausdruck. Besonders empört sind die Kollegen, weil sich die Kohleleger gegenwärtig in einer Lohnbewegung befinden und der Streik nichts eine bewährte Hilfe für die Unternehmungen ist. Die Vertrauensmännerkonferenz der Eisenbahner und Kundstetler nahm mit 95 Stimmen gegen 20 Stimmen eine scharfe Protestresolution an, die Branche der Eisenbahner und Bergbauarbeiter mit 44 gegen 8 Stimmen, die Branche der Metallformer und Bergbauarbeiter ebenfalls mit Mehrheit eine ähnliche Entschiedenheit, die Branche der Gürtler mit 44 Stimmen von 58 Kollegen, die Vertrauensmännerkonferenz der Schweißer mit allen Stimmen bei drei Enthaltungen, die Branche der Metallblecher, Galvanisierer und Hilfsarbeiter ebenfalls mit Mehrheit, die Vertrauensmännerkonferenz der Hilfsarbeiter mit 28 gegen 3 Stimmen, bei 4 Enthaltungen.

Zu den Bezirksversammlungen der Fabrikarbeiterverbände hatte die SPD ihre Anhänger mit Warnbriefen mobilisiert. Trotzdem wurden in allen Bezirksversammlungen scharfe Protestresolutionen gegen die Spaltungspolitik der Reformisten angenommen. Lediglich in Wittenberg und im Wedding erhielten die Reformisten eine kleine Mehrheit. Aber diese Reize ihres

Einflusses wird die Opposition den Reformisten schon in den nächsten Wochen abnehmen.

Roter Vormarsch

Leipzig, 23. März. (Eig. Drahtmeldung.)

Wettern fanden in dem größten Leipziger Metallbetriebe bei Hugo Schneider u. S. Betriebsratswahlen statt. Seit acht Jahren fand dort überhaupt keine Wahl statt. Der Betrieb war bislang eine Hochburg der Reformisten. Die Reformisten boten der Opposition 2 Mandate auf ihrer Liste an. Das wurde abgelehnt. Darauf stürzte die DMB-Ortsverwaltung die oppositionellen Kandidaten auf das Barren und schloß sie aus dem Verband aus. Das Wahlergebnis ist folgendes: Die oppositionelle Liste erhielt 329 Stimmen und 3 Mandate, die Reformisten erhielten 194 Stimmen und 6 Mandate. In eine der härtesten Hochburgen der SPD in Leipzig ist somit zum ersten Male eine Brezche geschlagen. Unter den Reformisten herrscht im Betrieb und im DMB-Bureau in Leipzig über dieses Resultat begrifflichermesse eine große Entrüstung.

Stellingen, den 21. März 1929.

Bei den Betriebsratswahlen in der Maschinenfabrik Stellingen, West-Nettingen, wurden 1900 Stimmen abgegeben. Die Liste der Gewerkschaftsopposition erhielt 1365, die Liste der SPD 448 und die Christen erhielten 151 Stimmen. Ungültig waren 7 Stimmen.

Roscher
Schachtel
Schneider
Okoladen
Einkäufen
Vorzugt
ng!
theil
29
Sattel,
Fahrräder
-süd
Pirna